

Protokoll:

Die FW-Fraktion beantragt den Beschluss wie folgt zu ändern: Der Stadtrat beschließt das Aussetzen der Steuerpflicht für das Halten von mitgebrachten Hunden von Kriegsflüchtlingen und von Personen die verwaltungsseits aus Gründen der Grundsicherung bereits nur ermäßigte Hundesteuer zahlen bis zum 31.05.2023.

Die SPD-Fraktion fragt an, um wie viel Personen es sich handelt, welche aus Gründen der Grundsicherung nur ermäßigte Hundesteuer zahlen würden und regt gleichzeitig an die Angelegenheit in der nächsten Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses mit den neuen Zahlen zu beraten. Im Falle einer Abstimmung über den Änderungsantrag würde die SPD-Fraktion dagegen stimmen.

Oberbürgermeister Langner führt aus, dass die Intention des Beschlussentwurfs die Entlastung der Hauseigentümer sei, welche freiwillig geflüchtete aus der Ukraine aufgenommen hätten.

Die CDU-Fraktion merkt an, dass der Änderungsantrag der FW-Fraktion zunächst in den Haushaltsberatungen beraten werden müsste bevor dieser beschlossen werden könne.

Die FW-Fraktion teilt mit, dass sie den Änderungsantrag zurückzieht.